



Neutral! – Ein friedlicher Weg für Deutschland

Ulfried Weißer

Ulfried Weißer

Neutral! – Ein friedlicher Weg für Deutschland

Ulfried Weißer

Neutral! –
Ein friedlicher Weg für Deutschland

Umschlagabbildung: myriam, Pixabay

ISBN 978-3-7329-0769-4

ISBN E-Book 978-3-7329-9197-6

© Frank & Timme GmbH Verlag für wissenschaftliche Literatur
Berlin 2021. Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts-
gesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in
elektronischen Systemen.

Herstellung durch Frank & Timme GmbH,
Wittelsbacherstraße 27a, 10707 Berlin.

Printed in Germany.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

www.frank-timme.de

INHALTSVERZEICHNIS

A. Einleitung	11
B. Eine Frage der Selbstachtung	17
C. Eine Vision	63
D. Pazifismus in Deutschland	69
1. Aktuelles Meinungsbild	84
2. Die fehlende Sicherheitsdebatte	107
3. Der Wettbewerb der Systeme	122
E. Die pazifistische Tradition.....	133
1. Die Bibel	134
2. Der innere Friede	141
3. Der Westfälische Friede	147
4. Die Soziale Marktwirtschaft.....	151
5. Internationale Kontakte	157
6. Internationale Rahmenwerke	158
6.1 Freihandelsabkommen	159
6.2 Die Stärke des Rechts	162
6.3 Die Vereinten Nationen	163
F. Einige Autoren	165
1. Georg Rodolf Weckherlin.....	165
2. Immanuel Kant	165
3. Gotthold Ephraim Lessing	169
4. Georg Friedrich Nicolai.....	174
5. Sebald Rudolf Steinmetz	178
6. Ernst Jünger.....	181
7. Erich Maria Remarque.....	182

8. Friedrich Wilhelm Foerster	185
9. Karl Haushofer	189
10. Wolfram Wette	193
 G. Der Nobelpreis für Frieden	 205
1. Bertha von Suttner	207
2. Gustav Stresemann	215
3. Ludwig Quidde	220
4. Carl von Ossietzky	225
5. Willy Brandt	231
6. Europäische Union	238
6.1 Das Grundgesetz	250
6.2 Ein Soldat	258
6.3 Eine Madonna	263
 H. Neue und alte Ostpolitik	 279
1. Im Kern defensiv	279
2. Eine neue Ostpolitik	285
3. Streitpunkt Georgien	306
4. Eine robuste Aktion	309
 I. Ein Ausgleich mit China	 317
 J. Der Sieger geht leer aus	 335
1. Preußen 1806	342
2. Deutsches Reich 1871	348
3. Deutsches Reich 1918	354
4. Deutsches Reich 1945	359
4.1 Die Gewinner	359
4.2 Die Verlierer	363

K. Pazifismus in der offenen Gesellschaft	369
1. Der Staat	371
2. Die Kultur	372
3. Das Wesen	375
4. Die Wissenschaft	381
L. Ein Fazit	387
Literaturverzeichnis	389
Personenregister	396
Sachregister	401

*Krieg zerstört umfassend. Er zerstört nicht nur die Wege, die Städte,
die Häfen. Krieg zerstört den Menschen.*

*Dies ist unser aller Hoffnung: dass die Erinnerung an das Leid
des Krieges nicht Rache gebiert, sondern immer mehr Menschen
und Nationen den Ausweg in einem friedlichen Zusammenleben
der Völker suchen lässt.*

*Dann kann Frieden beständig sein. Dafür tragen wir gemeinsam
Verantwortung.*

Bundespräsident Joachim Gauck
zum Volkstrauertag am 15. November 2015.

Von allen Ursachen des Nationalhasses ist die Unwissenheit
die mächtigste. Wenn der Verkehr zunimmt, nimmt die Unwissenheit ab,
und so vermindert sich der Hass.

Henry Thomas Buckle

A. EINLEITUNG

Colin Spencer Gray (1943 bis 2020) erregte 1980 internationales Aufsehen mit der These, dass ein Atomkrieg führbar und gewinnbar sei. Als Preis für einen solchen Entscheidungskrieg um eine neue Weltordnung nannte er 20 Millionen tote Amerikaner. Zehnmal so viel würden die heile, von westlichen Wertvorstellungen geprägte nachatomare Welt erleben.

Gray war kein durchgeknallter Science-Fiction-Autor, sondern britisch-amerikanischer Politikwissenschaftler und Theoretiker der Geopolitik. Als Militärberater war er sowohl für die britische als auch für die US-Regierung tätig. Er gründete die US-amerikanische Denkfabrik *National Institute for Public Policy* und war externer Forscher für das *United States Army War College*. Seine Gedanken entwickelte er unter dem Titel *Victory is Possible* (Ein Sieg ist möglich) in der führenden US-Zeitschrift *Foreign Policy*, Sommer 1980. *Das Pentagon entwickelt erstmals eine Strategie für einen lang dauernden Atomkrieg* berichtete die *New York Times* Ende Mai. *Das Pentagon strebt den Sieg in einem Atomkrieg an*, zog Mitte August die *Los Angeles Times* nach. Diese Planung blieb auch in Deutschland nicht unbemerkt. *Der Spiegel*, Heft 35/1982, berichtete ausführlich darüber. Gray ging es nicht nur darum, den Sowjet-Staat zu besiegen, sondern um den Tod des Sowjetstaates. Die USA sollten im Wege einer Enthauptung die Zerstörung der sowjetischen politischen Autorität anstreben sowie die Entstehung einer Weltordnung, die mit westlichen Wertvorstellungen vereinbar ist. Es wird allerdings nicht näher ausgeführt, wie viele Tote es weltweit außer den 20 Millionen Amerikanern geben werde, oder vielmehr, wie viele Überlebende, und wie die Welt nach diesem Waffengang aussehen werde. Aber immerhin würden die Überlebenden ja nach amerikanischen Wertvorstellungen, zumal der Demokratie, leben. In welcher Weise diese funktioniert, ließ sich bis zum 20. Januar 2021 an der Art nachvollziehen, wie Präsident Donald Trump regierte.

Die Tatsache, dass Strategien dieser Art in der Führung der USA ganz ernsthaft debattiert wurden, legt es nahe, dass Deutschland die augenblickliche Befindlichkeit seiner hegemonialen Schutzmacht näher erkundet. Die aktuelle

Planung wird aus dem Artikel *Triade des Schreckens* in Heft 12/2021 der Zeitschrift *Der Spiegel* deutlich. Hier erfahren wir: *Der Kalte Krieg ist vorbei, aber nicht überall. Er dauert an in 400 unterirdischen Raketensilos in spärlich besiedelten US-Präriestaaten wie Montana, Nebraska und North Dakota. Hier herrscht wie ehemals Alarmzustand, 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag. In jedem der verbunkerten Betonschächte steckt eine allzeit bereite Interkontinentalrakete vom Typ „Minuteman III“. Sie alle können ... mit je bis zu drei Sprengköpfen eine Millionenstadt auslöschen.*

Jedoch sind diese Waffen 30 Jahre alt. Daher hatte die Trump-Regierung kurz vor der Wahl seines Nachfolgers den Rüstungskonzern Northrop Grumman beauftragt, für mehr als 13 Milliarden Dollar einen Nachfolger für Minuteman III zu entwickeln. Das Pentagon hat 659 Raketen für etwa 100 Milliarden Dollar beantragt. Das Projekt ist sicherheitspolitisch umstritten, aber es hat enormen Rückhalt unter den Abgeordneten und Senatoren jener Bundesstaaten, denen der Auftrag tausende Arbeitsplätze einbringen würde.

Die bodengestützten Raketen sind eines der drei Standbeine der amerikanischen Sicherheitspolitik, der dort sogenannten Triade. Die beiden anderen sind die seegestützten Interkontinentalraketen sowie die Bomberflotte. *Die Fülle von Atomwaffen ... soll besonders dem Hauptgegner Russland die Vernichtung garantieren, falls dieser ... den nuklearen Erstschlag wagen sollte*, meldet der Artikel im *Spiegel*.

So weit dieser Artikel. Angesichts der US-Raketenplanungen und entsprechender Planungen für neue Atom-U-Boote und neue Tarnkappenbomber bleibt in diesem Zeitschriftenbeitrag sowie anscheinend in der amerikanischen Militärplanung eine Frage ausgelassen, nämlich ob es auch ohne diese Weiterentwicklung des Atomwaffenarsenals irgendeinen russischen Verantwortlichen oder überhaupt irgend jemanden gibt, der ernstlich daran denkt, mit einem Überraschungsschlag die USA zu enthaupten. Wie sollte dies gehen? Selbst wenn die USA ihr Arsenal bis auf einen kleinen Rest reduzierten, wäre es ja völlig ausgeschlossen, die Bunker, die U-Boote irgendwo im Ozean und die Langstreckenbomber mit einem Schlage zu zerstören. Und selbst wenn dies gelänge, hätte es der Gegner ja noch mit den konventionellen Streitkräften, rund zwei Millionen umfassend ausgerüsteten Soldaten und Reservisten, zu tun. Und wie sollte es weitergehen im völlig unmöglichen Fall, dass auch diese

Armee besiegt würde? Sollten dann russische Soldaten in die USA einmarschieren und die Macht übernehmen? Wie weit würden sie kommen angesichts von rund 70 Millionen privater Haushalte, die Schusswaffen besitzen? Was sollten überhaupt Russen in Amerika ausrichten?

Angesichts dieser Fragen liegt der Gedanke nahe, dass es sich bei der Überzeugung, schon das bisherige Arsenal sei notwendig, um die Russen von einem Erstschatz abzuschrecken, um eine Wahnvorstellung handelt. Gibt es denn irgendwo beim Geheimdienst eine entsprechende Information, dass dergleichen geplant oder erwogen werde? Wenn überhaupt, dann kann es sich nur um eine Planung für den Fall handeln, wie sich Russland vor einem Enthauptungsschatz der USA schützen könne, denn Derartiges wurde ja erwogen. Bei der üblichen Abschreckungsstrategie erzeugt oder imaginiert jede Seite die Gefahren, vor denen sie sich zu schützen vorgibt. Bei den USA kommt die hegemoniale Grundauffassung hinzu, die ganze Welt müsse das amerikanische System der Demokratie übernehmen, und alle, die dies nicht tun, seien als Feinde zu betrachten. Schon die Jugendlichen lernen in der Schule, die Vereinigten Staaten seien nicht ein Staat wie alle anderen auch, sondern ein Ausnahmestaat, von Gott erwählt, um die ganze Welt zu retten: Exzeptionalismus als Staatsräson und daraus folgernd, die USA hätten ein weltweites Interventionsrecht und seien daher nicht an völkerrechtliche Regeln gebunden, wenn sie alle anderen auf den richtigen Pfad führen.

Die in ständiger Alarmbereitschaft stehenden Atomwaffen wirken als Vorbeugung gegen einen russischen Erstschatz relativ albern, als Produkt eines wahnhaft übersteigerten Sicherheitsdenkens. Sie bergen jedoch eine naheliegende Gefahr, nämlich dass durch irgendeinen Computerfehler, einen Irrtum oder was auch immer ein Fehlalarm ausgelöst wird. Dann startet ein Angriff, und die Eskalation gewinnt eine Eigendynamik, die durch beide Seiten nicht mehr zu kontrollieren ist. Nicht von der Hand zu weisen ist auch die Gefahr eines erweiterten Suizids. Es gibt gelegentlich den Amoklauf mit anschließender Selbsttötung. Und es gab den Absturz der Germanwings-Maschine in den Alpen am 24. März 2015, bei dem sich der Pilot Andreas Lubitz im Cockpit einschloss, um die Maschine absichtlich zum Absturz zu bringen. Ebenso ist es möglich, dass ein Offizieller mit psychischer Störung sich in sorgfältiger Planung entschließt, den großen Krieg auszulösen, um viele Millionen Menschen

mit in den Tod zu nehmen. Mit anderen Worten: Die jederzeit alarmbereiten und einsetzbaren Atomwaffen bringen nicht Sicherheit, sondern bilden im Gegenteil ein Sicherheitsrisiko ersten Ranges.

Die politische Grundhaltung, dass immer mehr Kernwaffen immer mehr Sicherheit erzeugen würden, ist nur nachvollziehbar als Spiegelbild der Schusswaffenleidenschaft der privaten Bevölkerung. Wie sich diese Leidenschaft, oder Passion, oder Sucht, zeigt, wird anschaulich in dem opulenten Bildband *Bewaffnetes Amerika – Waffenbesitzer und ihr Zuhause im Portrait* (Verlag Schwarzkopf & Schwarzkopf, Berlin 2008). Da posieren 100 Familien stolz mit ihrem Waffenarsenal, und jede antwortet auf die Frage: *Warum besitzen Sie eine Waffe?* Es gibt konventionelle Antworten wie: *Am Anfang war es die Jagd, dann wurde es Sportschießen, und später beim Marine Corps wurde ich Scharfschütze.* Ferner gibt es das nationale Argument: *Vor allen Dingen besitze ich eine Waffe, weil es mein Recht als Bürger der Vereinigten Staaten ist.* Oder auch: *Um das amerikanische Kulturerbe zu schützen. Indem man das Recht auf den zweiten Zusatzartikel (zur Verfassung) wahrnimmt, garantiert man zukünftigen Generationen das Recht auf Selbstverteidigung und Widerstand gegen eine möglicherweise unrechtmäßige Regierung.* Oder: *Es geht um Waffen, die so gefährlich sind, dass eine Regierung ehrlich bleibt.* Immer wieder gibt es das Argument, *dass die Welt sehr gefährlich sein kann und dass man in der Lage sein sollte, sich zu verteidigen, wenn es sein muss.* Es gibt aber auch ein eher überraschendes Argument für den Waffenbesitz: *... sind Schusswaffen die beste Verteidigung gegen Zombies, falls unsere Gegend von einer Zombie-Invasion heimgesucht werden sollte.* Wichtig ist auch die Familientradition: *Mein Großvater gab mir meine erste Schrotflinte, als ich acht Jahre alt war. Er brachte uns das Schießen bei.*

Wer als Deutscher diese Argumente hört und die Fotos sieht, auf denen biedere Familienväter, Mütter und in einzelnen Fällen auch Kinder im Grundschulalter stolz mit ihren scharfen Waffen für den Fotografen posieren, kann ein elementares Gefühl der Fremdheit erleben. Es handelt sich um eine exotische Welt, eine völlig andere Kultur und Tradition – eine seit den Gründungsvätern ungebrochene stolze Geschichte, in der es niemals einen Anlass zur Revision des Überlieferten gab. Die Gedanken, dass das Recht auf Waffenbesitz gottgegeben sei oder dass man sich mit Schusswaffen im Haus

gegen eine rechtswidrige Regierung wenden könne, sind für deutsche Gemüter schwer nachvollziehbar. Deutsche würden in einem solchen Falle eher an eine Klage beim Bundesverfassungsgericht denken als an eine liebevoll gepflegte Sammlung von Maschinenpistolen und Schnellfeuergewehren im Keller. Die nationale Leidenschaft für Waffen, seien es die Atomwaffen im Großen oder die Karabiner mit Zielfernrohr im Kleinen, legt den Gedanken nahe, ob Deutschland sich wirklich dem Schutz einer Macht anvertrauen solle, die kulturell auf einem anderen Planeten lebt. Die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten aus einer englischen Kolonie hervorgegangen sind, verführt leicht zu der Annahme, es handele sich um einen Ableger Europas. Das Gegenteil ist der Fall. Alle, die auswanderten, fanden es daheim in Europa unerträglich, haben einen Gegenentwurf gegründet und sich mit einem Revolutionskrieg für unabhängig erklärt. Was in Europa als selbstverständlich gilt, gilt dort als exotisch, und umgekehrt. Mit wem hat sich Deutschland da eigentlich eingelassen?

B. EINE FRAGE DER SELBSTACHTUNG

Das zentrale Problem, bei dem es um Millionen Menschenleben geht, besteht darin, was mit der deutschen *nuklearen Teilhabe* im Einzelnen gemeint ist und wie man sich gegebenenfalls den Ablauf der Ereignisse vorzustellen hat.

Als ebenso naheliegend erscheint die Frage, welches eigentlich heute die konkrete Aufgabe der NATO sei, der Organisation des Nordatlantischen Vertrages. Immerhin hatte Donald Trump in seinem ersten und siegreichen Wahlkampf mehrmals erklärt, die NATO sei *obsolet*, das heißt *veraltet*, *nicht mehr gebräuchlich*, *überflüssig*. In der Zeitschrift *IPG Internationale Politik und Gesellschaft*, einer Online-Zeitschrift der Friedrich Ebert-Stiftung, erschien am 27. Februar 2017 der Artikel *Trump hat recht: Die NATO ist obsolet. Nach der Auflösung des Warschauer Pakts, nach dem Fall der Berliner Mauer und nach dem Ende des Kalten Krieges hat sie so recht keine Aufgabe mehr. Für die Probleme, mit denen Westeuropa zurzeit zu tun hat, hat die Nato keine Relevanz mehr. Für die Ukraine sind ihr die Hände gebunden. Die Europäische Union sollte einen Großteil ihrer Aufgaben übernehmen und auch in Zukunft auf das Gewicht ihrer Soft Power setzen*, das heißt ihrer weichen und nicht militärischen Überzeugungskraft, vor allem im wirtschaftlichen, freiheitlichen, kulturellen und rechtsstaatlichen Sinne.

Die Sowjetunion hatte auch im Zweiten Weltkrieg unter Stalin niemals die Absicht, Westeuropa anzugreifen, und Russland hat es anscheinend auch heute nicht. Vielmehr fühlt es sich von der NATO, zu der schon so viel ostmitteleuropäische Staaten übergelaufen sind und die jetzt auch noch nach der Ukraine und Georgien greifen will, durchaus nachvollziehbar bedrängt und eingekreist. Es könnte also sein, dass dieses Bündnis nicht mehr Sicherheit und Stabilität bringt, sondern Spannung und Feindseligkeit schürt. Aber auch wenn es heute überflüssig und schädlich ist, so wird es deswegen nicht aufgelöst. Aus der Organisationssoziologie ist bekannt, dass eine einmal vorhandene Institution, wenn sie überflüssig wird, sich nicht auflöst, sondern sich neue Aufgaben sucht.

Über Verteidigungs- und Sicherheitspolitik wird in Deutschland recht wenig diskutiert. Dies könnte sich eines Tages als schwerwiegendes Versäumnis

herausstellen, denn im Ernstfall geht es um Millionen Menschenleben auch hier in Mitteleuropa, oder gerade hier. Traditionell und aktuell gilt die Strategie der Abschreckung. Das heißt, dass die eigenen Streitkräfte so stark und dem potenziellen Gegner mindestens ebenbürtig sein müssen, dass ein Angriff für den Gegner ein unkalkulierbares Risiko darstellt. Als militärischer Gegner für Mitteleuropa kommt zurzeit nur Russland in Betracht. Es ist aber finanziell und politisch völlig ausgeschlossen, dass Deutschland allein eine Armee aufbaut, die der russischen ebenbürtig wäre. Denn dazu müsste die Bundeswehr vervielfacht werden, und außerdem brauchte Deutschland ein riesiges Arsenal von Atomwaffen. Das kann und will niemand.

Mithin verlässt sich Deutschland wie seit Jahrzehnten auf die Beistandsverpflichtung der NATO, das heißt der USA. Ob diese Verpflichtung im Ernstfall eingelöst würde, ist allerdings alles andere als sicher. Denn in Amerika gibt es, nicht nur wie seinerzeit Präsident Trump, zahlreiche Politiker, die Deutschland nicht als engen Verbündeten, sondern eher als Feind oder zumindest als hässlichen Rivalen wahrnehmen: als Trittbrettfahrer, weil Deutschland nicht genügend eigene Anstrengungen unternahme und sich in der Kuschelecke gemütlich eingerichtet habe; als Verräter, der den Russen viel Gas abkaufe und diese mit Devisen versorge; oder als wirtschaftlichen Konkurrenten, der mit unfairen Mitteln einen gewaltigen Exportüberschuss herstelle, also das weltwirtschaftliche Gleichgewicht störe.

Falls Amerika im Ernstfall wider Erwarten die Beistandsverpflichtung erfüllt, geschieht dies auf dem Wege der nuklearen Teilhabe. Das heißt, dass Staaten, die keine eigenen Atomwaffen haben, von den USA auch nuklear mitverteidigt werden. Gegebenenfalls sollen deutsche Flugzeuge die Atomwaffen vom Fliegerhorst Büchel, Rheinland-Pfalz, nach Russland tragen und dort abwerfen. Dies hätte vermutlich einen vernichtenden atomaren Gegenschlag zur Folge, wonach von Deutschland nicht mehr viel übrig bliebe. Es wäre sogar denkbar, dass sich Moskau und Washington darauf einigen, den Atomkrieg auf Mitteleuropa zu begrenzen, also die beiden Kernländer möglichst zu verschonen.

Dieser schlimme Verdacht liegt nicht ganz fern, wenn an die unterschiedliche geographische Lage gedacht wird. In dem Buch *Wir mischen uns ein – Beiträge Oldenburger Wissenschaftler zur Friedensdiskussion* (Herausgeber Arnulf Hopf und Ekkehart Naumann, Oldenburg 1985) ist ein Interview mit dem

amerikanischen Erfinder der Neutronenbombe Samuel Cohen wiedergegeben. Dieser spricht über den Verlauf eines entsprechenden Krieges.

Frage: Aber das Merkwürdige ist, dass Sie immer über Europa reden. Und ich wohne in Europa. Also, Ihre Geschichte hört sich für mich nicht so gut an.

Cohen: Das ist logisch. Darauf kann ich nur sagen, dass Sie das Pech haben, dass Sie Nachbarn des Sowjetblocks sind. Sie werden bedroht. Wir sind durch den Ozean von ihnen getrennt.

Dieser Grundgedanke wird gewöhnlich nicht offen ausgesprochen, dürfte im Hintergrund aber unverändert aktuell sein.

Wir können also feststellen:

- Entweder die USA erfüllen im Falle eines russischen Angriffs ihre Beistandspflicht, und im Zuge dieser Auseinandersetzung wird Deutschland vernichtet,
- oder die USA erfüllen die Beistandspflicht nicht, und Deutschland kann sich allein nicht selbst verteidigen, würde also russisch besetzt.

Als Ausweg aus diesem Konflikt wird die Möglichkeit diskutiert, dass Europa, die Europäische Union, eine eigene Streitmacht bildet und auf diese Weise eine strategische Autonomie gewinnt: als eigenständige zweite Säule westlicher Verteidigung auf Augenhöhe mit den USA. Hieran denkt insbesondere der französische Präsident Emmanuel Macron. Er forderte Mitte November 2020 die anderen europäischen Mächte auf, dieses Ziel konsequent zu verfolgen: *Die Vereinigten Staaten werden uns nur als Verbündete akzeptieren, wenn wir uns selbst ernst nehmen und wenn wir in unserer eigenen Verteidigung souverän sind.* Die ganze EU müsse hinter diesem Projekt stehen und sich nicht unter den amerikanischen Schutzschirm flüchten.

Die Stiftung für Wissenschaft und Politik, Berlin, kommt in ihrer Studie *Frankreichs Außen- und Sicherheitspolitik unter Präsident Macron* vom März 2021 zu dem Ergebnis, dass Frankreich und Deutschland ganz unterschiedliche Sichtweisen auf NATO, USA und Russland haben. Macrons Außen- und Sicherheitspolitik wird von der Annahme geleitet, dass sich die Vereinigten Staaten in den nächsten Jahren weiter aus Europa zurückziehen und sich stattdessen auf den asiatisch-pazifischen Raum konzentrieren werden. Damit in

Europa kein Vakuum entsteht und Europa zur Verhandlungsmasse zwischen China und den USA werde, müsse die Autonomie Europas gestärkt werden. Macron bezeichnete die NATO als *hirntod*. Die Kritik an diesem Bündnis werde informell, hinter vorgehaltener Hand, von den meisten Mitgliedern geteilt. Macron strebt darüber hinaus auch deshalb eine engere Zusammenarbeit Europas mit Russland an, damit dieses sich nicht einseitig an China binde.

Die Bundesregierung hingegen betreibt eine genau entgegengesetzte Politik, nämlich nach der Ära Trump zusammen mit Präsident Biden das Verhältnis zur amerikanischen Schutzmacht zu normalisieren, wobei diese Schutzmacht weiterhin und von neuem den Grundpfeiler der deutschen Sicherheitspolitik bilden soll. Auch innerhalb der Europäischen Union ist Deutschland unter Führung der Bundeskanzlerin bemüht, weiterhin den Status quo zu wahren. Es wird unverändert davon ausgegangen, dass nur die Atommacht USA Deutschland vor einem russischen Überfall schützen könne und dass in diesem Fall die NATO zum Schutz Deutschlands verpflichtet sei. Dementsprechend wird Russland aus Berlin wegen seiner Landnahmen auf der Krim und in der Ukraine sowie wegen der Unterdrückung von Oppositionellen sehr kritisch gesehen.

An diesem historischen Scheideweg stellt sich die strategische Frage, ob sich Deutschland weiterhin wie in den vergangenen Jahrzehnten an die USA anklammern und sich sicherheitspolitisch ganz auf Washington verlassen soll, was nebenbei auch das Verhältnis zu Frankreich belastet. Oder soll sich Deutschland ähnlich wie Frankreich allmählich von den USA abkoppeln und im Sinne einer Neuen Ostpolitik eine eigenständige Politik betreiben, indem es sich an Russland annähert und hier eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit anstrebt? Eine solche Zusammenarbeit würde einen russischen Überfall auf Deutschland noch unwahrscheinlicher machen als schon bisher. Im idealen Fall würde zwischen der Europäischen Union und Russland ein Vertrauensverhältnis aufgebaut, das Russland von einer einseitigen Bindung an China abhält.

In Frankreich wird ferner befürchtet, die deutsche Regierung könne den Ausbau der Verteidigungskapazitäten vernachlässigen und von Neuem sparen. Dementsprechend verärgert reagierte Macron, als Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer am 17. November 2020 in der Zeitschrift *Politico* erklärte: *Illusionen über eine europäische strategische Autonomie müssen enden*. Nun ist allerdings auch für einen Laien mit bloßem Auge erkennbar,

dass an eine europäische Streitmacht, die der russischen oder gar der amerikanischen ebenbürtig wäre und insofern eine strategische Autonomie begründe, gar nicht zu denken ist. Hierzu sind die Vorstellungen und Ziele der mehr als zwei Dutzend Mitglieder viel zu unterschiedlich, von den gigantischen Kosten eines solchen Vorhabens ganz zu schweigen. Aus der Sicht der Atlantiker in Deutschland, die sich weiterhin einseitig an die USA binden wollen, handelt sich um einen Großmacht-Traum der ehemaligen Weltmacht Frankreich, um eine Schimäre. Und wenn Frankreich sich inzwischen, nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs, als einzige Atommacht der Europäischen Union in Szene setzt, liegt die Frage nahe, ob diese Waffen mehr sein könnten als ein Zünder im großen Krieg. Kramp-Karrenbauer lag also mit ihren Zweifeln an einer europäischen Autonomie auf der Linie der bisherigen Politik einer einseitigen Bindung an die USA, hat damit die Nadel in Macrons Luftballon gesteckt und auf diese Weise einen kleinen Knall ausgelöst.

Eine glaubwürdige Abschreckung vor einem angeblich drohenden russischen Angriff gibt es für Deutschland nach bisheriger Lesart nur durch amerikanische Atomwaffen. Aber in der rein amerikanischen militärischen Befehlsskette der NATO hat Deutschland keinerlei Mitspracherecht. Trump hat gezeigt, dass vitale Entscheidungen, wie der Abzug von zwölftausend der dreißigtausend US-Soldaten aus Deutschland, in Berlin nur im Nachhinein und nur aus der Presse zu erfahren sind. Dieses Land ist der Fußball, mit dem die anderen Mächte spielen können.

Aus dieser höchst unbehaglichen und unsicheren Situation gibt es vernünftigerweise nur einen einzigen Ausweg, nämlich Russland nicht aus alter Gewohnheit, aus Zeiten des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Krieges, als potenziellen Gegner, als Feind, zu betrachten. In der strategischen Betrachtung, wie Westeuropa und speziell Deutschland vor einem russischen Angriff zu schützen und die Russen abzuschrecken seien, bleibt merkwürdigerweise die grundlegende Frage ausgespart, ob überhaupt irgendjemand in Moskau einen solchen Angriff plant oder hiervon träumt. Fachleute betrachten die russische Strategie als im Kern defensiv. Das Land wurde geprägt durch zwei verheerende westliche Überfälle, nämlich durch Napoleon und durch Hitler, und ist entschlossen, es nicht zu einem dritten Ereignis dieser Art kommen zu lassen. Aufgrund seiner Größe und der außerordentlichen nuklearen Bewaff-

nung betrachtet sich Russland als Weltmacht, hat aber große Schwierigkeiten, diesem Anspruch politisch gerecht zu werden. Dies rührt aus der ökonomischen Schwäche, der alleinigen Konzentration auf den Rohstoffexport, her. Außerdem verfügt Russland nicht wie zuvor die Sowjetunion über ein attraktives Herrschafts- und Kultursystem. Ein großes Problem ist die Abwanderung der Intelligenz, der Fachkräfte aus Wissenschaft und Technik, nach Westen. Die Möglichkeit, militärische Macht in politischen Einfluss umzuwandeln, ist auf die unmittelbare Nachbarschaft beschränkt: Weißrussland, Ukraine, Kaukasus. An ein militärisches Ausgreifen nach Westeuropa scheint dort niemand ernsthaft zu denken. Dies wird einfach nur unterstellt. Die Bolschewiken planten, die Revolution von 1917 zu einer Weltrevolution auszuweiten, aber schon Stalin ging 1924 zur Doktrin einer *Revolution in einem Lande* über, verzichtete also faktisch darauf, in Deutschland und überhaupt im Westen die Sowjetmacht und das sozialistische System einzurichten.

In dieser Situation liegt es nahe, in einer neuen Ostpolitik auf Russland zuzugehen, Vertrauen zu schaffen und von Russland große Mengen an Rohstoffen zu kaufen, worauf die dortige Führung aus innenpolitischen Gründen angewiesen ist. Denn nur mit den so gewonnenen Devisen kann sie soziale Segnungen verteilen, hiermit die Legitimität der Regierung sichern und revolutionären Ansätzen, wie in Weißrussland und in der Ukraine, vorbeugen.

Das etwas in der Luft liegt, ist daran erkennbar, dass Politiker zumal der Unionsparteien häufig davor warnen, eine *Äquidistanz* komme nicht in Betracht. Der Grundansatz, mit Russland, Amerika und China gleich freundliche Beziehungen und möglichst einen Freihandel zu pflegen, wäre in der Tat mit einer weiteren Mitgliedschaft in der NATO nicht vereinbar. Deutschland müsste also austreten und den Aufenthaltsvertrag, die Grundlage der jetzigen Anwesenheit amerikanischer Truppen, kündigen. Die amerikanischen Soldaten mitsamt ihren Atomwaffen würden Deutschland verlassen. Erst dann, ohne Stationierung ausländischer Truppen, wäre dieses Land wirklich souverän. Deutschland würde militärisch neutral und bliebe als überzeugtes Mitglied in der Europäischen Union, ähnlich wie die neutralen Staaten Schweden und Österreich. Dieser Schwenk hätte gleichzeitig den Vorteil, dass Deutschland nicht von den Amerikanern in irgendwelche merkwürdigen Kriege hineingezogen werden könnte, wenn die USA wieder einmal in ein Land in Übersee

einfallen, das sie nicht kennen, und dort die Demokratie einführen wollen, mit der dort niemand etwas anfangen kann und die auch daheim in den USA nicht auf überzeugende Weise funktioniert.

Mehr Frieden wagen!, so könnte das Motto einer neuen Bundesregierung sein, anspielend auf das *Wir wollen mehr Demokratie wagen* in die Regierungserklärung von Willy Brandt vor dem Deutschen Bundestag am 28. Oktober 1969. Aber weshalb, wenn wir doch seit gut sieben Jahrzehnten Frieden haben? Und in welchem Rahmen könnte dies möglich sein?

Der Befehl zu einem Einsatz der in Deutschland lagernden Atomwaffen käme allein von den Amerikanern, und nach den bisherigen Erfahrungen ist nicht mit einem Mitspracherecht der deutschen Regierung zu rechnen. Der gesamte militärische Bereich der NATO wird allein von den Amerikanern, das heißt von Persönlichkeiten wie George W. Bush und Donald Trump, befehligt. Das Ganze dient der Abschreckung der Russen, und eine solche Abschreckung funktioniert nur, wenn sie glaubwürdig ist, das heißt, wenn der Abschrecker deutlich macht, dass er im Ernstfall wirklich den Befehl gibt. Will sich wirklich die Gesamtheit der deutschen Bevölkerung, als Geisel der USA, diesem Szenario aussetzen? Oder wäre es besser, auf diese nukleare Teilhabe zu verzichten und die US-Soldaten samt ihren Waffen hinaus aus Deutschland zu komplementieren? Und sich auf einen neutralen Status innerhalb der Europäischen Gemeinschaften zurück zu ziehen?

Ganz grundsätzlich kann es nur im nationalen deutschen Interesse liegen, sich möglichst bald von den Vereinigten Staaten zu distanzieren und sich von Amerika als Schutzmacht zu verabschieden aus folgenden Gründen:

1. Die außenpolitische Sicht auf die Welt ist in Deutschland und USA genau gegensätzlich. Deutschland versucht, mit allen Staaten der Welt einen gangbaren Status, ein von gegenseitigem Respekt getragenes Verhältnis, zu finden. Die USA hingegen sind von einem manichäischen Denken geprägt, das heißt es gibt nur Freunde oder Feinde, oder wie man in Deutschland früher sagte: *Wer nicht für mich ist, der ist wider mich*. Die Gründergeneration der USA war calvinistisch geprägt. Calvin lehrte die doppelte Prädestination, das heißt, nach diesem Glauben hat Gott schon vor der Geburt eines jeden Menschen festgelegt, ob die-

ser später zum Heil kommt oder der Verdammnis verfällt. Auch hier gibt es das zweipolige Denken: Es gibt nur Verlierer und Gewinner. In den Kurzgeschichten von Ernest Hemingway erscheint das Leben als Kette von Zweikämpfen, von mehr oder minder heroischen Niederlagen.

2. Bei Donald Trump als früherem Geschäftsmann war das Denken sehr ausgeprägt, in den anderen Geschäftsleuten derselben Branche, den Wettbewerbern, keine Kollegen zu sehen, sondern Feinde. Einen anderen Unternehmer zum Stolpern oder zu Fall zu bringen, mit welchen Tricks und Finten auch immer, gilt als willkommene Marktberreinigung. Dieses Denken brachte Trump als Präsident auch in das Verhältnis zu den weltpolitischen Wettbewerbern der USA, nämlich China, Russland und Europa, speziell Deutschland, ein. Er sah überall Feinde. Dieses Denken, im Wettbewerber den Feind zu sehen, war für ihn besonders charakteristisch, prägt aber auch das ganze andere Land. Alles und jedes wird als Bedrohung der nationalen Sicherheit gesehen, obwohl weit und breit niemand erkennbar ist, der die USA besiegen und dort einmarschieren möchte. Aus dem Wahn heraus, immer mehr Waffen brächten immer mehr Sicherheit, wird privat und national ein irrwitziges Waffenarsenal unterhalten.
3. Es ist langfristig absehbar, dass das weltpolitische relative Gewicht der USA abnimmt und dasjenige Chinas zunimmt. Die Stellung als weltweite Hegemonialmacht beginnt immer mehr zu bröckeln. Die Verschuldung nimmt zu, die kulturelle Prägekraft nimmt ab. Die Amerikaner werden aber kaum zugeben, dass sie selbst dies verschuldet haben, etwa durch ein mangelhaftes Bildungssystem und die mangelnde Weltmarktfähigkeit ihrer Erzeugnisse, sondern in ihren Augen sind alle anderen hieran schuld. Das Verhalten wird also vorhersehbar noch aggressiver als bisher. Schließlich bleibt ähnlich wie jetzt im Falle Russland eine Macht übrig, die nur noch aufgrund ihrer ungeheuren Bewaffnung den Anspruch als Weltmacht erhebt.
4. Als vermeintliche alleinige Führungsmacht der Welt und als vermeintlich von Gott auserwählte Macht mit entsprechendem Sonderstatus sind die USA nicht gewillt oder nicht fähig, sich in die weltweiten Or-

ganisationen wie die Vereinten Nationen einzufügen und sich einem allgemeinen Regelwerk zu unterwerfen. Insofern sind sie eine asoziale Nation.

Insgesamt sind Denken und Strategie der USA genau entgegengesetzt ausgeprägt wie in Deutschland. Es ist eine Frage der Selbstachtung Deutschlands, endlich den Besatzungsstatus ganz abzuschütteln und „erwachsen“ zu werden, anstatt sich folgsam an einen übermächtigen Partner in Übersee anzuklammern, sich diesem bedingungslos zu unterwerfen und sich unter der Schleppe des Königs zu verstecken. Durch eine Neutralitätserklärung könnte Deutschland sich unbefangen in die internationalen Organisationen einbringen und zum Frieden und der Verständigung in der Welt beitragen.

Anstatt von Frieden ist in neuerer Zeit häufiger von Sicherheitspolitik die Rede. Das entsprechende Ressort der Bundesregierung benennt sich nach der Verteidigung. Wir müssen also kurz klären, wovon hier die Rede sein soll. Bei den Wörtern *Sicherheit* und *Sicherheitspolitik* besteht die Gefahr, dass hierunter eine große Anzahl verschiedener Dinge verstanden wird. Da ist dann nicht nur die Sicherheit vor einem militärischen Angriff gemeint, sondern auch vor Terrorismus und Verbrechen, danach die innere Sicherheit gegen Mord und Diebstahl, generell der Schutz vor Verbrechen und Straftaten aller Art, außerdem die Cybersicherheit, die Sicherheit vor Katastrophen und Seuchen, schließlich auch die Klimapolitik und das Artensterben. Durch die Vielzahl diverser Bedrohungen, Gefahren und möglicher Schäden verschwimmt der Sicherheitsbegriff im Allgemeinen. Außerdem ist bei *Sicherheit* immer die Sicherheit einer einzelnen Person oder Staates gemeint, also eher egoistisch, während *Frieden* das Verhältnis zwischen zwei oder mehr Staaten bezeichnet – mit gegenseitiger Rücksichtnahme, also eher altruistisch.

Der Begriff *Verteidigung* schließlich unterstellt immer, dass es einen Feind gibt, der einen Angriffskrieg plant, denn um höchste Sicherheit zu schaffen, wird immer vom schlimmstmöglichen Fall, dem *worst case*, ausgegangen. Im Lauf der Jahre verfestigt sich dieser im Militär allseits geteilte Gedanke zu einer vermeintlichen Tatsache. Dabei werden die militärischen Fähigkeiten des potenziellen Feindes und die von ihm ausgehende Gefahr gewöhnlich überschätzt. Wer immerzu den Nachbarn als potenziellen Gegner betrachtet, ist

zu einer Zusammenarbeit unfähig, denn diese würde ja den Gegner stärken. Daher ist die amerikanische Regierung bestrebt, das Gasleitungsprojekt Nord Stream 2 zu blockieren, weil der deutsche Gaskunde den Lieferanten Russland hierdurch stärken würde und Russland immer noch nur als Gegner gesehen wird.

Aus diesen Gründen soll es hier nicht um Sicherheit oder Verteidigung gehen, sondern im hergebrachten Sinne um Frieden als Abwesenheit von Krieg, als Verzicht auf staatlich organisierte militärische Gewalt als Mittel der Politik, als gute Nachbarschaft. Und zwar soll es um den Frieden in Deutschland gehen, das heißt, dass in diesem Land kein Krieg stattfinden soll und dass Deutschland nicht durch fremde Mächte, zumal Amerika, in auswärtige Kriege hineingezogen werden soll. Die zahlreichen außerdeutschen Kriege, die seit 1945 weltweit stattfanden, müssen hier außer Betrachtung bleiben.

Althochdeutsch *fridu* bedeutete Freundschaft, gegenseitige Schonung. Es geht um einen heilsamen Zustand der Ruhe und Stille, des ungestörten Wachstums. Friede kommt nicht von selbst, sondern ist das Ergebnis der Tugend der Friedfertigkeit – einer bestimmten Einstellung und des daraus folgenden Verhaltens. Ähnlich wie beim Begriff der Sicherheit ist es auch beim Wort *Friede* untunlich, dies mit vielen zusätzlichen Bedeutungen zu überfrachten, beispielsweise unter Friede auch den sozialen Frieden, die soziale Gerechtigkeit, verstehen zu wollen. Dies ist ein anderer Problemkreis.

Daher bleiben wir bei einer engeren Fassung des Begriffs: Friede soll hier als Abwesenheit von Krieg gelten. Dabei ist immer mitbedacht, dass Krieg heute nicht mehr nur als Kampf zweier Armeen draußen auf dem Schlachtfeld zu verstehen ist, sondern wie schon im Dreißigjährigen Krieg und im Zweiten Weltkrieg mit hohen Verlusten der Zivilbevölkerung und totaler Verwüstung des Landes verbunden ist, im Atomkrieg mit dessen Auslöschung.

Der Friede und das Risiko eines Krieges sollten nicht von willkürlichen und unberechenbaren Aufwallungen, von Ressentiments oder von aktuellen taktischen Erwägungen, womöglich gar des Wahlkampfes, abhängen, wie es bei Persönlichkeiten vom Schlage Donald Trumps zu befürchten ist. Der Friede soll auch nicht davon abhängen, welche Person gerade an der Spitze des Staates steht, soll vielmehr auf Dauer gestellt und nicht vom Wechsel der Personen abhängig sein. Dieses Risiko ist nur wirksam zu begrenzen, wenn es in einen

rechtlichen Rahmen, eine verbindliche für alle geltende Ordnung, eingehegt wird.

Grundlegend ist hierzu der Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 24. Oktober 1970, die *Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen*. Die Generalversammlung will hier *einen Beitrag zur Festigung des Weltfriedens leisten, ... indem sie die Herrschaft des Rechts in den Beziehungen zwischen den Nationen ... fördert*. Sie weist darauf hin, *dass die Völker der Vereinten Nationen entschlossen sind, Toleranz zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben*. Insbesondere gilt dies für Nationen unterschiedlicher Systeme und Entwicklungsstände. Dabei ist strikt untersagt, in die Angelegenheiten eines anderen Staates einzugreifen. Jede mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt ist zu unterlassen. Vielmehr sind Streitigkeiten durch friedliche Mittel beizulegen. Das Völkerrecht geht von Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker aus.

Erstmalig wird hier eine Pflicht der Staaten konstituiert, im Einklang mit der Charta der UN zusammenzuarbeiten. Dabei geht es insbesondere um die Einhaltung der Menschenrechte sowie um wirtschaftliche, soziale, kulturelle und technische Beziehungen, ferner den Handel, Wissenschaft und Technologie und das wirtschaftlichen Wachstum in den Entwicklungsländern.

Weiter heißt es in dieser Erklärung der Vereinten Nationen: *Ein Angriffskrieg stellt ein Verbrechen gegen den Frieden dar, für das die Verantwortlichkeit nach dem Völkerrecht besteht. Alle Staaten werden ... geeignete Maßnahmen zum Abbau der internationalen Spannungen und zur Stärkung des Vertrauens zwischen den Staaten anstreben*.

Noch wichtiger in ihrer erst später erkannten geschichtlichen Bedeutung war die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die am 1. August 1975 in Helsinki eine folgenreiche Schlussakte verabschiedete – *Von dem politischen Willen getragen, im Interesse der Völker ihre Beziehungen zu verbessern und zu verstärken, in Europa zum Frieden, zur Sicherheit, zur Gerechtigkeit und zur Zusammenarbeit sowie zur Annäherung zwischen ihnen und den anderen Staaten der Welt beizutragen*. In dieser Konferenz wirkten die Staaten nicht lediglich wie in der UN an einer allgemeinen Versammlung

mit, sondern jeder einzelne übernahm durch seine Unterschrift bestimmte Verpflichtungen. Teilnehmer waren die Staaten des damaligen Warschauer Pakts, also der Ostblock, ferner der Westen, vertreten durch USA, Kanada und die westlich orientierten europäischen Staaten, meist Mitglieder der NATO. Die Initiative ging ursprünglich vom Ostblock aus. Hier hoffte man auf eine endgültige Anerkennung der bestehenden Grenzen, insbesondere der DDR und der deutsch-polnischen Grenze. Dieses Ziel wurde in der Tat erreicht. Die Konferenz war ein wichtiger Schritt zur internationalen Anerkennung der DDR. Auf den Fotos sieht man Bundeskanzler Helmut Schmidt und den Vorsitzenden des Staatsrats der DDR Erich Honecker einträchtig beieinander.

Die westlichen Staaten verfolgten demgegenüber in dieser Konferenz die allgemeine Anerkennung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Hiermit setzten sie sich ihrerseits durch – ein Tauschgeschäft gegen die Erfüllung der östlichen Wünsche. In der Schlussakte wird festgehalten: *Die Teilnehmerstaaten anerkennen die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Achtung ein wesentlicher Faktor für den Frieden ... ist.* In der Tat bildet das innerstaatliche freiheitliche und friedliche Miteinander den Ausgangspunkt für eine ebenfalls in diesem Sinne geführte Außenpolitik.

Die CDU und CSU, seinerzeit im Bundestag in der Opposition, standen dem Vertragswerk von Helsinki sehr skeptisch gegenüber und beantragten in der Sitzung vom 24. Juli 1975, die Akte nicht zu unterzeichnen. Damit hätte sich die Bundesrepublik allerdings international isoliert. Die Bedenken der Unionsparteien bezogen sich auf die deutsche Frage, auf Deutschland und Berlin. Die Union beharrte hier auf dem Standpunkt, einen Staat namens DDR gebe es nicht, dieser Staat dürfe nicht international anerkannt werden, das Deutsche Reich bestehe unverändert in den Grenzen von 1937 fort und die Gebiete östlich von Oder und Neiße würden nur zurzeit von Polen verwaltet. Daher dürften die jetzigen Grenzen nicht festgeschrieben werden. Durch diese starre und realitätsfremde Haltung hatte sich Deutschland schon damals weitgehend isoliert. Ferner kritisierte die Unionsfraktion, hinsichtlich der Menschenrechte seien nur wohlklingende und letztlich unverbindliche Absichtserklärungen ausgehandelt worden. Die Regierung Helmut Schmidt führte stattdessen das Land aus der Isolierung heraus und unterzeichnete diese Akte, wie alle anderen Teilnehmerstaaten auch.

Zunächst galten die Ostblockstaaten in Helsinki als Gewinner, weil sie die Anerkennung der Grenzen erreichten, wobei allerdings auf Wunsch der Bundesrepublik mit Blick auf das Ziel der Wiedervereinigung die Klausel angefügt wurde, dass eine friedliche Grenzänderung möglich sei. Die universelle Geltung der Menschenrechte, von den östlichen Staaten anerkannt, galt hingegen als *weich*, die Einhaltung als schwer kontrollierbar, und in der Tat war in der DDR hiervon nichts zu spüren.

Als folgenreich erwies sich jedoch in den anschließenden Jahren ein wenig beachteter Schlusssatz dieser Akte: *Der Text der vorliegenden Schlussakte wird in jedem Teilnehmerstaat veröffentlicht, die ihn so umfassend wie möglich verbreitet und bekanntmacht.* Dies geschah also auch in DDR und den anderen sozialistischen Staaten mit der Folge, dass die dortigen Oppositionellen endlich einen verbrieften Anspruch in der Hand hatten, mit dem sie die Menschenrechte von ihrer Regierung einfordern konnten. Die sich bildenden und sich hierauf stützenden Helsinki-Gruppen waren dann der Keim des Untergangs dieser diktatorischen Regime.

Die umfassend erfolgreiche Konferenz 1975 auf Einladung der finnischen Regierung war gleichsam das Eingangsportal zu der Zeitenwende 1989/90, zum Ende des Sozialismus und der starren Konfrontation, die jeden Augenblick durch irgendeine Provokation, ein Versehen oder eine Falschmeldung in den großen Krieg hätte umschlagen können und in der Tat mehrmals kurz vorm Umkippen war, so etwa in der Kubakrise im Oktober 1962. Der Schritt zu dem heutigen entspannteren Miteinander, bei dem die Möglichkeit eines großen atomaren Schlagabtauschs und daher Weltuntergangs in weite Ferne gerückt ist, bestand in Helsinki zunächst einmal darin, dass sich die Staaten so akzeptierten, wie sie nun einmal waren – nicht nur in ihrem Gebietsstand, sondern auch in ihren unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen. Es kommt zwar noch vor, etwa bei den USA, Russland oder Israel, dass ungebeten in fremdes Land einmarschiert oder fremdes Land annektiert wird, aber immerhin wird derlei weltweit verurteilt. Und anscheinend haben die beiden Großmächte USA und Russland den Gedanken aufgegeben, den anderen in einem Präventivkrieg zu vernichten. In Helsinki gab es konkrete Abmachungen, um Überraschungsangriffe auszuschließen. So sind große Militärmanöver frühzeitig anzumelden, und zum Manöver werden ausländische